

Tagungsbericht Interkommunale Fachtagung 2025

Kommunen unter Druck – Konflikte gemeinsam anpacken

10. Interkommunale Fachtagung von Pro Peace

08. – 09. September 2025 | bUm Berlin



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Arbeit, Gesundheit
und Gleichstellung

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen



Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Programm	2
Tag 1	5
1. Grußworte	5
Alexander Mauz – Vorstand Pro Peace	5
Jörn Oltmann – Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg	7
2. Key-Note: »Demokratie im Spannungsfeld: Konfliktbearbeitung zwischen Teilhabe und Polarisierung«	8
3. Herausforderungen in der kommunalen Praxis	12
3.1. »Torgelow bewegt – im Interaktionsraum zwischen Migration und zivilem Engagement«	12
3.2. »Herausforderungen im Zusammenleben – zwischen rechten Strömungen und Migration«	14
3.3. »Tempelhof-Schöneberg im Wandel – Vielfalt gestalten, Spannungen aushalten«	17
Tag 2	21
4. Erfahrungswerkstätte Runde 1	21
4.1. »Herausforderungen und Zugänge im Kontext innereuropäischer Migration«	21
4.2. »Begegnungen mit Wirkung – Wie Polizei und Zivilgesellschaft im kommunalen Raum in einen wirkungsvollen Austausch kommen können«	22
4.3. »Erfahrungen von Migrantinnen im Ehrenamt – Brücken zwischen Kulturen bauen«	24
4.4. »Neutralitätsgebot bei politischen Veranstaltungen«	25
5. Erfahrungswerkstätte Runde 2	27
5.1. »Im kommunalen Raum Netzwerke knüpfen und Verbündete finden«	27
5.2. »Frühzeitiges Erkennen von Konfliktpotenzialen bei der Unterbringung von Geflüchteten«	28
5.3. »Die Stadt muss da doch... - Erwartungen an die Kommunalverwaltung bei der Organisation des Miteinanders«	29
5.4. »Sozialraumorientierung als bereichsübergreifender Arbeitseinsatz – ein Impuls aus Tempelhof Schöneberg«	30
6. Paneldiskussion	31
7. Tagungskommentar	32
Netzwerken	34
Wissenswertes	36
Danksagung	37
Kontakt	36

Vorwort

Liebe Leser*innen,
liebe Teilnehmer*innen,

die 10. Interkommunale Fachtagung hat unter dem Titel »**Kommunen unter Druck – Konflikte gemeinsam anpacken**« einen besonderen Fokus auf das Zusammenspiel gesellschaftlicher und politischer Drucklagen sowie daraus entstehender Konflikte in Städten und Gemeinden gelegt. Im Mittelpunkt standen dabei die Erfahrungen und Erkenntnisse aus unseren Partnerkommunen, die das Tagungsprogramm maßgeblich geprägt und inhaltlich bereichert haben.

Mit der Kommunalen Konfliktberatung sind wir zurzeit auch in zwei Berliner Bezirken (Tempelhof-Schöneberg und Neukölln) vor Ort. Umso mehr haben wir uns gefreut, für die Interkommunale Fachtagung 2025 erneut eine unserer Partnerkommunen als Gastgeber gewinnen zu können. Das Tagungshaus **bUm – Raum für solidarisches Miteinander** unterstrich den zentralen Gedanken der Veranstaltung: einen Raum zu schaffen, in dem Vertreter*innen aus Kommunen, Bundesländern, Wissenschaft, zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie aus der Konfliktbearbeitung solidarisch miteinander in den Austausch treten und im Peer-to-Peer-Format voneinander lernen können.

Thematisch lag der Schwerpunkt der Tagung insbesondere auf dem Umgang mit demokratiefeindlichen Strömungen und dem daraus resultierenden Druck, der sich in besonderer Weise in kommunalen Verwaltungen bemerkbar macht. Zugleich wurden Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens im Kontext von Migration, Teilhabe und sozialem Zusammenhalt diskutiert. Die Beiträge aus der kommunalen Praxis, wissenschaftliche Perspektiven sowie der intensive Austausch in den Erfahrungswerkstätten machten deutlich, wie komplex diese Herausforderungen sind – und wie wichtig es ist, ihnen gemeinsam, reflektiert und handlungsorientiert zu begegnen.

Wir freuen uns auf zukünftige Austauschformate mit Ihnen und wünschen eine angenehme Lektüre des Tagungsberichts.

Herzliche Grüße aus Köln



Inga Nehlsen

Projektleitung im Programm Kommune & Konflikt, Pro Peace

Programm

Tag 1: Montag 08.09.2025

Uhrzeit	Programmpunkt
12:00 Uhr	Ankunft, Registrierung und Erfrischung mit Willkommenssnack
13:00 Uhr	Eröffnung der Veranstaltung <i>Tagungsmoderation: Nadja Gilbert (Konfliktberaterin) & Johannes Blatt (Konfliktberater)</i> Grußworte: <i>Alexander Mauz – Vorstand Pro Peace</i> <i>Jörn Oltmann – Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg</i> <i>Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend</i>
13:30 Uhr	Interaktives Kennenlernen
14:00 Uhr	Einführung in das Programm & logistische Informationen
14:15 Uhr	Key-Note: »Demokratie im Spannungsfeld: Konfliktbearbeitung zwischen Teilhabe und Polarisierung« <i>Prof. Dr. Beate Küpper & Isabella Bauer (ConflictA)</i>
15:15 Uhr	Kaffeepause
15:45 Uhr	Herausforderungen in der kommunalen Praxis: »Torgelow bewegt – im Interaktionsraum zwischen Migration und zivilem Engagement« <i>Kerstin Pukallus – Bürgermeisterin der Stadt Torgelow</i> »Herausforderungen im Zusammenleben - zwischen rechten Strömungen und Migration« <i>Michael Kurz – Bürgermeister der Stadt Brake</i> »Tempelhof-Schöneberg im Wandel – Vielfalt gestalten, Spannungen aushalten« <i>Donald Pasha – Koordinator für Gewalt- und Kriminalitätsprävention</i>
16:45 Uhr	Austausch in Kleingruppen Kleingruppe 1: »Torgelow bewegt« Kleingruppe 2: »Herausforderungen im Zusammenleben« Kleingruppe 3: »Tempelhof-Schöneberg im Wandel«

17:45 Uhr Tagesabschluss & Ausblick

19:00 Uhr Gemeinsames Abendessen im Wirtshaus Max und Moritz

Tag 2: Dienstag 09.09.2025

Uhrzeit Programmpunkt

08:45 Uhr Ankunft & Registrierung

09:00 Uhr Begrüßung & Einführung: Interaktives Arbeiten in Erfahrungswerkstätten
Johannes Blatt & Nadja Gilbert

09:45 Uhr Erfahrungswerkstätten – Runde 1

»Herausforderungen und Zugänge im Kontext innereuropäischer Migration«
Franziska Funk – Sozialamt Brake

»Begegnungen mit Wirkung – Wie Polizei und Zivilgesellschaft im kommunalen Raum in einen wirkungsvollen Austausch kommen können«

Antje Schlichtmann & Sarah Humbach – Polizeiinspektion Verden Osterholz

»Erfahrungen von Migrantinnen im Ehrenamt – Brücken zwischen Kulturen bauen«

Sawita Anwari – Afghanistan Studies and Cooperation Center e.V.

»Neutralitätsgebot bei politischen Veranstaltungen«

Merlin Patalong – Caritas Essen

10:45 Uhr Kaffeepause

11:15 Uhr Erfahrungswerkstätten – Runde 2

»Im Kommunalen Raum Netzwerke knüpfen und Verbündete finden«

Ute Schmidt – Moderationsstammtisch Mecklenburg-Vorpommern

»Frühzeitiges Erkennen von Konfliktpotenzialen bei der Unterbringung von Geflüchteten«

Sophia Fechter – Demokratiezentrum Hessen

»Die Stadt muss da doch... - Erwartungen an die Kommunalverwaltung bei der Organisation des Miteinanders«

Tim Stegmann – Stadt Herne

»Sozialraumorientierung als bereichsübergreifender Arbeitseinsatz – ein Impuls aus Tempelhof Schöneberg«

Johanna Johne-Akcinar – Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Berlin

12:15 Uhr Mittagspause mit vegetarischen Speisen



- 12:45 Uhr Netzwerkevent
- 13:30 Uhr Paneldiskussion
Isabella Bauer, Kerstin Pukallus, Olaf Kleint & Antje Schlichtmann
- 14:30 Uhr Tagungskommentar, Ausblick & Abschluss
Wolfgang Dörner & Inga Nehlsen – Pro Peace
- 14:45 Uhr Kaffee & Gespräche – offener Ausklang
- Ab 15:30 Uhr Abreise

Tag 1

1. Grußworte

Alexander Mauz – Vorstand Pro Peace

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

herzlich willkommen zur Interkommunalen Fachtagung von Pro Peace! Es freut mich sehr, Sie heute zur bereits zehnten Ausgabe begrüßen zu dürfen – ein eindrucksvoller Beleg für die Relevanz und Kontinuität unserer gemeinsamen Arbeit.

„Migration, soziale Ungleichheit und die Sorge vor politischer Polarisierung bewegen viele Menschen und bringen Kommunen unter Druck.“

Die Rolle der Interkommunalen Fachtagung

Die Interkommunale Fachtagung bildet einen bedeutenden Ankerpunkt für unsere Organisation. Sie bietet den nötigen Raum für Austausch unter kommunalen Akteuren und zivilgesellschaftlichen Netzwerken und entfaltet damit das Potenzial der Schwarmintelligenz – als wertvolle Ergänzung zu unseren laufenden Beratungsprozessen. In zehn Veranstaltungen ist ein lebendiges Netzwerk gewachsen, das wir heute mit neuem Input weiter stärken möchten.

Aktuelle gesellschaftliche Lage

Wir erleben gegenwärtig eine Zeit, in der gesellschaftliche Spannungen in Deutschland zunehmen. Themen wie Migration, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlicher Druck und Ressourcenkämpfe sowie Fragen von Sicherheit und Zusammenhalt prägen das Bild und fordern unsere Kommunen auf besondere Weise heraus. Das zeigt sich aktuell im Sorgenbarometer der Gesellschaft: Migration, soziale Ungleichheit und die Sorge vor politischer Polarisierung bewegen viele Menschen und bringen Kommunen unter Druck.

Die Bedeutung der Beratungsarbeit

Als Friedensorganisation nehmen wir diese Herausforderungen nicht nur wahr, sondern arbeiten aktiv und konstruktiv an pragmatischen Lösungen und wollen somit zu einem gesellschaftlichen Frieden beitragen. Seit mehr als 15 Jahren setzen wir mit der Kommunalen Konfliktberatung von Pro Peace auf einen prozess- und systemorientierten Ansatz, der gemeinsam

“Seit rund 15 Jahren setzen wir mit der Kommunalen Konfliktberatung von Pro Peace auf einen prozess- und systemorientierten Ansatz, der gemeinsam mit Akteuren vor Ort Perspektiven öffnet.“



mit Akteuren vor Ort Perspektiven öffnet, nachhaltige Strukturen schafft und allparteiliche Beratung und Beteiligung garantiert. Unsere mittlerweile fast zwei Jahrzehnte Erfahrung haben wir im engen Verbund mit dem K3B und zahlreichen Partnern immer weiterentwickelt, angepasst und verbessert – denn Lernen ist für uns ein kontinuierlicher, gemeinsamer Prozess.

Kommunen gemeinsam stärken

Angesichts der wachsenden Herausforderungen lautet das Leitthema dieser Tagung zu Recht: “Kommunen unter Druck – Konflikte gemeinsam anpacken”. Mit dem heutigen Tag wollen wir den Austausch intensivieren, voneinander lernen und gemeinsam neue Wege für ein friedliches, konstruktives Zusammenleben vor Ort entdecken.

Herzlichen Dank für Ihr Kommen, Ihr Vertrauen und Ihr Engagement. Ich wünsche uns allen einen anregenden und inspirierenden Tag!

Jörn Oltmann – Bezirksbürgermeister Tempelhof-Schöneberg

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Teilnehmende,

ich begrüße Sie recht herzlich zur Interkommunalen Fachtagung von Pro Peace. Leider kann ich nicht persönlich dabei sein, umso dankbarer bin ich aber, dass ich mein Grußwort per Videobotschaft an Sie richten darf. Mein Dank gilt auch den Organisatorinnen und Organisatoren, die diese Interkommunale Fachtagung möglich gemacht haben.

Unser Bezirk ist bunt und vielfältig. Mit über 355.000 Einwohnenden sind wir der drittgrößte Bezirk von Berlin. Bei uns leben Menschen aus 170 Nationen, der Bezirk ist damit bunt und vielfältig und sehr dynamisch. An der ein oder anderen Stelle gibt es aber auch Konflikte auszutragen, und hier hilft Pro Peace. Die Arbeit von Pro Peace und die Idee der Kommunalen Konfliktberatung hat einen unschätzbaren Wert. Aufeinander zuzugehen und eine frühzeitige Beratung anzunehmen, bedeutet im Prinzip Brücken zu bauen, mögliche Missverständnisse auszuräumen und Gräben nicht zu tief werden zu lassen.

„Die Arbeit von Pro Peace und die Idee der Kommunalen Konfliktberatung hat einen unschätzbaren Wert.“

Gerade in Zeiten der Polarisierung ist es unglaublich wichtig, dass wir Menschen haben, die bereit sind, aufeinander zuzugehen und zuzuhören. So können Schlussfolgerungen gezogen werden, die weder emotional geladen noch möglicherweise von Hass erfüllt sind. Diese Bereitschaft, die wünsche ich Ihnen auch für die kommenden zwei Tage.

„Gerade in Zeiten der Polarisierung ist es unglaublich wichtig, dass wir Menschen haben, die bereit sind, aufeinander zuzugehen.“

Präventionsarbeit mag leise sein, an der einen oder anderen Stelle wird sie vielleicht auch nicht wahrgenommen. Dass Sie sich bereit erklären, diese Arbeit zu leisten, ist großartig. Nutzen Sie die kommenden zwei Tage, um Ihre Netzwerke zu stärken, Kontakte aufzunehmen, die sie vorher noch nicht hatten, und vielleicht die eine oder andere Idee mit in den Alltag zu nehmen, um Ihre Perspektive in Ihrer Kommune zu erweitern.

Ich wünsche Ihnen zwei erfolgreiche Tage und würde mich freuen, wenn ich das nächste Mal persönlich dabei sein kann.

2. Key-Note: »Demokratie im Spannungsfeld: Konfliktbearbeitung zwischen Teilhabe und Polarisierung«

Prof. Dr. Beate Küpper & Isabella Bauer

Mit der Leitfrage „Wie können Kommunen mit Konflikten so umgehen, dass sie zu etwas Besserem führen?“ eröffneten Prof. Dr. Beate Küpper und Isabella Bauer ihren Impulsvortrag im Rahmen der Interkommunalen Fachtagung 2025 in Berlin. Grundlage des Vortrags bildeten aktuelle Ergebnisse aus drei Befragungen der ConflictA/Universität Bielefeld: einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung (Konfliktmonitor), einer Befragung kommunaler Verwaltungsmitarbeitender sowie einer Expert*innenbefragung, ergänzt durch Erkenntnisse aus der von der Friedrich-Ebert-Stiftung geförderten Studie „Die distanzierte Mitte“ – einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu demokratiegefährdenden und rechtsextremen Einstellungen – und dem vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) geförderten Projekt „BEWARE“ (Bedrohte zivilgesellschaftliche Demokratiearbeit wappnen und resilient machen).

„Konflikte entstehen aus unterschiedlichen Rollen, Interessen, Einflussmöglichkeiten und Perspektiven beteiligter Akteur*innen.“

Zu Beginn verdeutlichten die Vortragenden anhand des kontroversen Beispiels „Müllberge auf den Straßen“ die Komplexität kommunaler Konflikte. Konflikte entstehen aus dem Aufeinandertreffen unterschiedlichen Rollen, Interessen, Einflussmöglichkeiten und Perspektiven beteiligter Akteur*innen. Neben Bürger*innen aus verschiedenen sozialen Milieus sind häufig auch Kommunalverwaltungen selbst (aktiv oder durch Nicht-Handeln), zivilgesellschaftliche Organisationen sowie politische Akteure involviert. Vor diesem Hintergrund stellten die Vortragenden zentrale Fragen der Konfliktbearbeitung heraus: Wer definiert, was als

Konflikt gilt? Wer wird gehört? Und was bedeutet „eine bessere Lösung“ – und für wen?

Als weitere Einflussfaktoren benannten die Referentinnen sogenannte Megatrends wie Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Klimawandel, Energiewende und internationale Krisen. Diese Entwicklungen eröffnen zwar Chancen, erzeugen zugleich aber Unsicherheiten, Überforderung und Widerstände. Wenn sich Veränderungen zuspitzen, werden diese auch als Krise und Bedrohung erlebt, entsprechend regt sich Abwehr nach Innen und Außen. Krisenzeiten können somit antidemokratische Dynamiken begünstigen.



Die Ergebnisse des Konfliktmonitors spiegeln diese Entwicklung wider: 82 % der Befragten nehmen mehr gesellschaftliche Konflikte wahr, 72 % haben den Eindruck, Konflikte werden schlechter bearbeitet. Zugleich unterscheiden sich die Einschätzungen darüber, welche Konflikte besonders drängend sind. Während die allgemeine Bevölkerung fast gleichauf die Themen Innere Sicherheit, Migration und Meinungsfreiheit nennt, priorisieren kommunale Mitarbeitende Migration sowie Sicherheit und Ordnung, dann auch den Verkehr. Expert*innen der Konfliktbearbeitung hingegen sehen soziale Ungleichheit als zentrales Konfliktfeld, dann erst Migration und Strukturwandel.

„82 % der Befragten nehmen mehr gesellschaftliche Konflikte wahr, 72 % haben den Eindruck, dass Konflikte schlechter bearbeitet werden.“

Einige bemerkenswerte Ergebnisse aus den Befragungen: die Einschätzung migrationsbezogener Konflikte sind praktisch nicht von der Region (Ost/West) abhängig, sondern vom Charakter der Kommune und von der Position innerhalb der Verwaltung, in der die Befragten tätig sind. In urbanen Räumen und auf Sachbearbeitungsebene werden entsprechende Herausforderungen deutlich häufiger als drängend wahrgenommen als in ländlichen Kommunen oder auf der mittleren Führungsebene und noch weniger auf der Leitungsebene. Beim Konfliktfeld Verkehr zeigt sich hingegen ein anderes Bild: Hier spielt Stadt-Land keine Rolle, wohl aber die Region – im Westen wird Verkehr von deutlich mehr Befragten als drängendes Konfliktfeld wahrgenommen als im Osten –, während die Wahrnehmung stark positionsabhängig ist – diesmal mit größerer Sorge auf der Leitungsebene.

„Die Einschätzung migrationsbezogener Konflikte sind praktisch nicht von der Region (Ost/West) abhängig, sondern vom Charakter der Kommune und der jeweiligen Position innerhalb der Verwaltung.“

Auch im Bereich Hasskriminalität und Bedrohungen treten deutliche Unterschiede zutage. Während dieses Thema in ländlichen Kommunen kaum als drängend wahrgenommen wird, erhält es in urbanen Räumen deutlich mehr Aufmerksamkeit. Im Osten werden Hass und Bedrohungen deutlich häufiger als zentrales Konfliktfeld benannt als im Westen, ebenso eher auf Ebene der Sachbearbeitung, weniger auf Leitungsebene. Expert*innen der Konfliktbearbeitung schätzen die Relevanz dieses Konfliktfeldes insgesamt deutlich höher ein als kommunale Mitarbeitende. Ähnliche Diskrepanzen zeigen sich beim Thema soziale Ungleichheit, während die Einschätzungen zur Konfliktbearbeitung im Kontext von Migration

vergleichsweise nah beieinanderliegen.

Diese Unterschiede sind für die IKFT insofern bedeutsam, als hier vor allem kommunale Vertreter*innen und Expert*innen der Konfliktbearbeitung zusammenkommen.

Die Befragung kommunaler Mitarbeitender gibt zudem Einblicke in die „Innensicht“ der Verwaltungen: Konfliktbearbeitung erfolgt derzeit vor allem durch persönliches Engagement einzelner Mitarbeitender sowie über informelle Wege innerhalb der Verwaltung. Strukturell

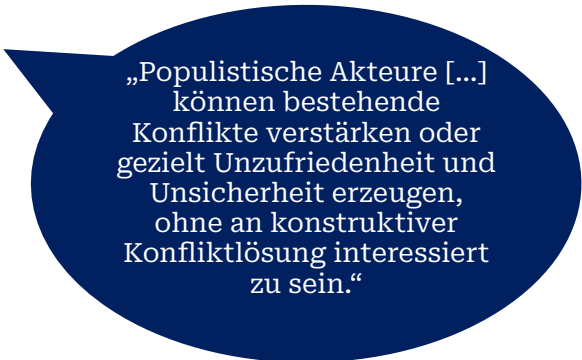
verankerte Angebote und externe Unterstützung spielen bislang eine untergeordnete Rolle, werden jedoch zugleich als zentrale Bedarfe benannt.

Die Referentinnen ordneten die Befunde auch in eine demokratietheoretische Perspektive ein. Die Austragung und Regulierung von Konflikten ist für Demokratie zentral. Entscheidend ist daher nicht die Minimierung von Konflikten, sondern die Art und Weise, wie mit ihnen umgegangen wird. Dabei wirken Konflikte sowohl top-down – von der globalen, regionalen und der nationalen Ebene in die Kommunen hinein – als auch bottom-up, indem lokale Konflikte politisch aufgeladen und mit übergeordneten Diskursen verbunden werden. In jedem Falle ist die Kommune der Ort, an dem Konflikte dann unmittelbar erlebt werden und bearbeitet werden müssen.

In diesen Dynamiken können populistische Akteure eine zentrale Rolle spielen. Sie können bestehende Konflikte verstärken oder gezielt Unzufriedenheit und Unsicherheit erzeugen, ohne an konstruktiver Konfliktlösung interessiert zu sein. Zur politischen Instrumentalisierung werden mancherorts Konflikte auch erst erzeugt, gesucht und gefunden. Populistische Narrative – etwa die Gegenüberstellung eines bedrohten „Wir“ und „der Anderen“ oder die Abwertung einer vermeintlich „korrumpierten Elite“ die das „moralisch reine Volk betrügt“ – tragen zur Polarisierung bei. Diese Muster zeigen sich aktuell besonders deutlich in Diskursen zu Migration, Klima, Gender, Pandemie und internationalen Konflikten und sind häufig mit antisemitischen Verschwörungsmythen verknüpft.

Ein bewusster Umgang mit diesen Dynamiken ist für kommunale Konfliktbearbeitung zentral, wenn nicht alle Akteure das Ziel einer Verständigung verfolgen, erst recht, wenn lokale Konflikte vorgeschoben werden, es Akteuren eigentlich um anderes geht. Es ergeben sich Konsequenzen für Haltung, Kommunikation und Handlungsspielräume im kommunalen Raum.

Anknüpfend daran präsentierten die Referentinnen Ergebnisse aus der aktuellen Mitte-Studie, die auf eine schwindende Unterstützung demokratischer Grundwerte hinweisen. Das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Demokratie sinkt, ebenso in ihre Institutionen und Wahlen. Ebenso ist die Zustimmung zu zentralen demokratischen Werten der Würde, Gleichheit und Vielfalt im Zeitverlauf rückläufig. Auch wenn drei Viertel der Bevölkerung nach wie vor klar demokratisch sind, bewegt sich rund ein Viertel in einem Graubereich demokratiefeindlicher und rechtsextremer Einstellungen. Dabei halten sich auch viele derjenigen, die rechtsextreme Einstellungen teilen, für demokratisch und „die Mitte“ – eine Herausforderung, vielleicht aber auch Chance für die demokratische Konfliktbearbeitung.



„Populistische Akteure [...] können bestehende Konflikte verstärken oder gezielt Unzufriedenheit und Unsicherheit erzeugen, ohne an konstruktiver Konfliktlösung interessiert zu sein.“

Für den Umgang mit diesen Befunden wurden drei Strategien benannt für Personen, die rechtsextremen Positionen zustimmen, sie ablehnen, oder sich „in einem Graubereich“ dazwischen befinden: eine klare Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Positionen, das Erreichen und „Abholen“ von Personen im „Graubereich“ insbesondere über Beziehungsarbeit,

aber auch den dialogischen Verweis auf die Verantwortlichkeit für eigenes Denken und Tun, sowie das Wertschätzen und Einbinden derjenigen, die demokratische Werte klar vertreten.

In der Präsentation wurde anschließend der Zusammenhang zwischen Unsicherheitsgefühlen und politischen Einstellungen dargestellt. Personen, die sich angesichts multipler Krisen unsicher fühlen, zeigen eine geringere Demokratieorientierung, stärkeren Anti-Establishment-Populismus, höhere Zustimmung zu rechtsextremen Weltbildern und eine stärkere Billigung von Gewalt. Bemerkenswert ist aber: Persönlich fühlen sich deutlich weniger Personen durch Krisen und Konflikte herausgefordert als sie dies mit dem kollektiven Blick auf „Menschen wie sie“ und erst recht mit Blick auf Deutschland sehen.

„Während kommunale Vertreter*innen Konflikte häufig mit persönlicher Belastung, Aggression und Ohnmacht verbinden, beschreiben Expert*innen der Konfliktbearbeitung Konflikte eher als notwendigen Bestandteil demokratischer Aushandlungsprozesse.“

Abschließend thematisierten die Referentinnen Erfahrungen kommunaler Vertreter*innen mit Bedrohung und Gewalt. Sie betreffen nicht nur Amtsträger*innen und Verwaltungsmitarbeitende, sondern gerade auch jene, die sich – hauptberuflich, ehrenamtlich oder aktivistisch – zivilgesellschaftlich für die Demokratie engagieren. Nur rund ein Fünftel der Engagierten gab an, keinerlei Bedrohungen erlebt zu haben; knapp die Hälfte berichtete von gewaltbezogenen Angriffen, darunter auch Sachbeschädigungen und körperliche Übergriffe. Besonders häufig wird von politischer Intervention berichtet, etwa der Infragestellung politischer Neutralität oder der Gemeinnützigkeit demokratischen Engagements. Besonders wichtig sind Schutz und Rückendeckung all jener, die sich

aktiv für die Demokratie engagieren, und die in Teilen den Rückhalt ihrer Kommunen vermissen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass die Thematisierung von Bedrohung selbst Unsicherheiten verstärken kann – ein Dilemma, das in der kommunalen Praxis reflektiert werden muss.

Eine für die Interkommunale Fachtagung gewonnene Einsicht aus Rückmeldungen von Befragten: Während kommunale Vertreter*innen Konflikte häufig mit persönlicher Belastung, Aggression und Ohnmacht verbinden, beschreiben Expert*innen der Konfliktbearbeitung Konflikte eher als notwendigen Bestandteil demokratischer Aushandlungsprozesse. Diese unterschiedliche Perspektive verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig Austausch, Verständigung und strukturelle Unterstützung für eine wirksame kommunale Konfliktbearbeitung sind.

3. Herausforderungen in der kommunalen Praxis

3.1. »Torgelow bewegt – im Interaktionsraum zwischen Migration und zivilem Engagement«

Kerstin Pukallus – Bürgermeisterin der Stadt Torgelow

„Es ist schön, in Torgelow zu wohnen. Hier gibt es alles, was wir brauchen. Wir leben hier gerne.“

Zuerst hören wir fröhliche Kinderstimmen aus Torgelow, die in die Kamera sagen: „Es ist schön, in Torgelow zu wohnen. Hier gibt es alles, was wir brauchen. Wir leben gerne hier.“ Der kurze Film¹ über den AWO Jugendclub PIO zeigt: Hier gibt es gelungene Integration.

Kerstin Pukallus, Bürgermeisterin der Kleinstadt im Landkreis Vorpommern-Greifswald, ist stolz auf die Kinder, den Film, das Geschaffte. Doch betont sie auch: „Wir haben knapp 10.000 Einwohner*innen, 12 Prozent davon ohne deutschen Pass. Das bringt auch Herausforderungen für uns mit sich.“

Es komme immer wieder zu Konflikten im Zusammenleben. Diese forderten die Stadtgesellschaft. Medienberichte trügen manchmal zur Verschärfung bei: „Die Presse sucht gerne nach schlechten Schlagzeilen.“ Aber man gehe die Konflikte an: Die Wohlfahrtsverbände vor Ort und das „Bündnis Frauen und Familie“ trafen sich regelmäßig mit allen beteiligten Akteuren. Die Bürgermeisterin sagt: „Ich habe starke Partner an meiner Seite“.

Bei all dem kann Frau Pukallus auf unterschiedliche Erfahrung mit Integration zurückgreifen: In den 1990’er Jahren sind „Wolga-Deutsche“, Spätaussiedler*innen aus der ehemaligen Sowjetunion, nach Torgelow gekommen; diese seien inzwischen gut integriert. Im Jahr 2015 wurde eine Gemeinschaftsunterkunft mit 175 Schlafplätzen eingerichtet - „mitten in einem Wohngebiet“. Seit 2022 sind 190 ukrainische Kriegsvertriebene in städtischen Wohnungen untergebracht. Toleranz, Verständnis und gegenseitiger Respekt sind hier gefordert.

“Die Presse sucht gerne nach schlechten Schlagzeilen.“

Frau Pukallus stellt die erfolgreichen Integrationsinitiativen dar, die verschiedene Akteure in den letzten Jahren ins Leben gerufen haben: Gemeinsame Grillfeste, ein integratives Café und ein Willkommenstag für Neuzugezogene. Die Angebote für Menschen auf der Flucht seien wesentlich von ehrenamtlichem Engagement getragen. „Es gibt auch einen sehr aktiven Romnja-Verein.“, so Pukallus. Dieser organisiere etwa gemeinsame Kuchenfeste. Mit Erfolg: „Die Kinder haben nun keine Berührungsängste mehr“. Auch die Eltern lernten sich hier kennen und

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=pHniqzg5flk>



stellten sich aufeinander ein. Die diverser gewordene Fußballmannschaft des Ortes sei zudem ein Erfolg. Und: „134 Menschen haben beim Frühjahrsputz mitgemacht.“ Frau Pukallus' Fazit: „Es funktioniert doch!“

Die Bürgermeisterin betont, wie wichtig Verbündete bei all dem seien: „Die Parteien, insbesondere SPD und Die Linke, weiß ich an meiner Seite.“ Widerstände aus anderen Parteien erwähnt sie nicht. Gegenwind allerdings schon, unter anderem von der Ausländerbehörde.

Im anschließenden Austausch wird Frau Pukallus gefragt, ob die Kommunale Konfliktberatung in Torgelow irgendwelche Anstöße hinterlassen habe. Frau Pukallus bejaht dies. Wichtiges Anliegen der Kommune sei es gewesen, einen ehrlichen Spiegel vorgehalten zu bekommen. „Dieser kritische Blick hilft mir und meinen Mitstreiter*innen dabei, aus einer anderen Richtung zu schauen. Das hilft uns zu erkennen: Wir sind gut, aber noch nicht gut genug“.

Was ist die Ausgangslage in Torgelow?

**Kinder agieren oft als Dolmetscher,
Frauen sollen oft kein Deutsch lernen.**

**2015 gab es einen großen Widerstand
gegen den Zuzug von Migrant*innen.**

**Manche Geflüchtete wohnen schon seit 10 Jahren in
der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Torgelow.**

**Ideen: Einen Willkommenstag für
alle Zugezogenen!**

**Zwischen dem Zuzug der
Volga-Deutschen und
2015 hat Mecklenburg-
Vorpommern
Geflüchtete
ausschließlich in großen**

**Die GU kämpft für Menschen und zeigt gleichzeitig
Grenzen auf.**

**Ich habe als Leiterin der GU in 13 Jahren nie jemand
getroffen, der mir respektlos begegnet ist**

² In diesem Schaubild finden Sie Impressionen aus der Kleingruppenarbeit



Was braucht es für Brücken, wenn nicht nur Sprache eine Barriere ist?



3.2. »Herausforderungen im Zusammenleben – zwischen rechten Strömungen und Migration«

Michael Kurz – Bürgermeister der Stadt Brake (Landkreis Wesermarsch)

Im Landkreis Wesermarsch treffen unterschiedliche gesellschaftliche Realitäten aufeinander, die das Zusammenleben vor Ort gleichermaßen prägen und herausfordern.

„Wie gehen wir mit diffusen rechtsextremen Akteuren um?“

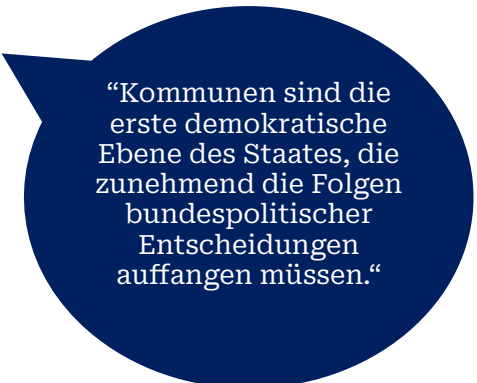
Einerseits, so berichtet Michael Kurz, liegt der Migrationsanteil bei rund 16 Prozent. Zugleich gibt es gut vernetzte und engagierte Akteur*innen in der Integrationsarbeit. Das dezentrale Wohnen für Zugewanderte ist im Landkreis Wesermarsch ein bewusst gewählter Ansatz, um Integration nachhaltig zu fördern.

Andererseits agieren im Landkreis auch Akteur*innen aus rechtsextremen, teils sehr gut organisierten Netzwerken. Die Zahl

der Wähler*innen von extremistischen Parteien mit ablehnender Haltung zu Migration hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt. Die „rechte Szene“ sei zwar nicht offen organisiert, doch gerade diese fehlende Sichtbarkeit stelle ein zentrales Problem dar, da menschenfeindliche Einstellungen auf subtile Weise wirksam würden. Vor diesem Hintergrund richtet Herr Kurz eine zentrale Frage an die Teilnehmenden: „Wie gehen wir mit diffusen rechtsextremen Akteuren um?“

Herr Kurz beschreibt die Kommune als die erste demokratische Ebene des Staates, die zunehmend die Folgen bundespolitischer Entscheidungen auffangen müsse, ohne dafür ausreichend gestärkt zu werden. Dies sieht er als einen wesentlichen Grund für den starken Zuwachs rechtsextremer Parteien.

Aktuell beschäftigt die Stadt Brake insbesondere der Zuzug von Menschen aus Südosteuropa. Laut Herrn Kurz werde dieses Thema von rechtsextremen Akteuren mit populistischer Berichterstattung „knallhart ausgenutzt“. Er spricht in diesem Zusammenhang von einem gesteigerten subjektiven Unsicherheitsgefühl: Obwohl die Zahl der Straftaten in den vergangenen Jahren nicht signifikant gestiegen sei, werde das Thema Sicherheit gezielt mit Migration in Verbindung gebracht und instrumentalisiert. Dem Landkreis fehlen bislang tragfähige Lösungsansätze, um angemessen mit dieser Situation umzugehen. Auch bemüht sich die Verwaltung bisher vergeblich um einen Zugang zu den betroffenen Communities aus Südosteuropa.



“Kommunen sind die erste demokratische Ebene des Staates, die zunehmend die Folgen bundespolitischer Entscheidungen auffangen müssen.“

Mit einer weiteren offenen Frage an die Teilnehmenden schließt Herr Kurz seinen Vortrag: „Wie bekommen wir Zugang zu dieser Community, um Integration weiterhin gut zu ermöglichen?“



Wie können wir Zugang zu der Gruppe Sinti*zze und Rom*nja bekommen?

Wenn Zugänge da sind, wofür werden sie genutzt?

Die Gruppen sind nicht homogen, sondern vielfältig, werden aber häufig als eine Gruppe wahrgenommen.

Idee: Vertrauenspersonen aus der Community gewinnen um Zugänge zu schaffen!

Sinti*zze und Rom*nja werden schon lange überall diskriminiert und benachteiligt, auch von staatlichen Strukturen im Herkunftsland, daraus folgt fehlendes Vertrauen in Strukturen.

Was sind eigentlich die Gründe für den Rückzug?

Sprache und Verständnis für die Lebenssituation als Grundlage für Zugänge.

Idee: Förderprogramme und Angebote in KiTas und Schulen, um Begegnungsräume zu schaffen!

Gibt es wirklich keine Zugänge? Häufig findet man auf der Arbeitsebene Zugänge, da stellt sich die Frage, wie spricht man die Menschen an?

Die eigene Familie / Gemeinschaft ist die einzige Größe, auf die man sich verlassen kann.

Was sagen die Betroffenen?

Welche Stimmen werden gehört?

Wie können wir den rechtsextremen Strömungen entgegenwirken?

Der rechte Einfluss in sozialen Medien ist strategisch und gezielt.

Idee: Vor Ort selbst sprechen und Rechtsextremen keine Bühne bieten, wenn nötig auch öfter!

Wie sprechen wir über Migration? Welche Sprache nutzen wir? Reproduzieren wir menschenfeindliche Begriffe und Aussagen?

Idee: Probleme der Menschen ernst nehmen!

Nicht direkt antworten, denn alles wird umgedeutet, Themen werden verlagert, das Vorgehen demokratiefeindlicher

Idee: Themen selbst framen!

3.3. »Tempelhof-Schöneberg im Wandel – Vielfalt gestalten, Spannungen aushalten«

Donald Pasha – Koordinator für Gewalt- und Kriminalprävention in Tempelhof-Schöneberg

Mit über 355.000 Einwohner*innen zählt der Bezirk Tempelhof-Schöneberg zu den einwohnerstärksten in Berlin. Rund 30 Prozent der Bevölkerung haben einen Migrationshintergrund, etwa 22 Prozent besitzen keine deutsche Staatsangehörigkeit. Diese Zahlen spiegeln die hohe Diversität des Bezirks wider, der zugleich räumlich und sozial sehr unterschiedlich geprägt ist. Insbesondere Schöneberg-Nord ist von starkem sozialem Wandel, lokalen Nutzungskonflikten und dem kontinuierlichen Ringen um sozialen Zusammenhalt geprägt.



„Der Regenbogen-Kiez ist international bekannt und aufgrund seiner hohen Kneipendichte besonders attraktiv, weist zugleich aber auch ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen auf.“

Zu diesem vielfältigen Stadtraum gehört auch der Regenbogen-Kiez, ein historisch und kulturell bedeutendes queeres Viertel, das seit den 1920er-Jahren eine zentrale Rolle für die Schwulen- und Lesbenszene spielt. Gerade diese Sichtbarkeit und Vielfalt führen jedoch immer wieder zu homophoben Übergriffen, Spannungen und Konflikten mit Personen, die diese Offenheit nicht akzeptieren wollen. Der Regenbogen-Kiez ist international bekannt und aufgrund seiner hohen Kneipendichte besonders attraktiv, weist zugleich aber auch ein erhöhtes Kriminalitätsaufkommen auf. In diesem Kontext werden häufig schnelle und einfache Lösungen erwartet. Donald Pascha machte jedoch deutlich, dass

ordnungspolitische Maßnahmen allein nicht ausreichen und Probleme oftmals lediglich verlagern. Stattdessen bedürfe es eines interdisziplinären Ansatzes sowie einer engen, ressortübergreifenden Zusammenarbeit von Polizei, sozialen Diensten, lokalen Akteuren und Institutionen, Anwohnenden sowie Gewerbetreibenden. Bei größeren Veranstaltungen würden Sicherheitsmaßnahmen daher gemeinsam abgestimmt und gut sichtbare Ansprechpartner*innen für die Anzeige von Straftaten benannt.

Ein weiteres Konfliktfeld stellt die Unterbringung von Rom*nja-Familien aus Rumänien und Bulgarien in einem Hotel dar, das für alle zwölf Berliner Bezirke als Notunterkunft ausgewiesen ist. Anwohner*innen berichten hier von zunehmender Gewalt, Lärmbelästigung und Verwahrlosung im Umfeld. Unterstützung habe der Bezirk unter anderem beim Verein Amaro Foro erhalten. Durch die Einbindung von Mitarbeiter*innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen und kultureller Vertrautheit habe sich die Situation spürbar verbessert. Parallel dazu arbeitet der Bezirk weiterhin eng mit der Polizei und weiteren relevanten Akteur*innen zusammen.

„Präventionsarbeit ist langsam, schwer messbar und reaktiv statt proaktiv.“

Abschließend betonte Herr Pascha die besonderen Herausforderungen präventiver Arbeit und fasste diese mit den Worten zusammen: „Präventionsarbeit ist langsam, schwer messbar und reaktiv statt proaktiv.“ Gerade vor diesem Hintergrund sei es jedoch notwendig, langfristig angelegte Kooperationen zu stärken und Konfliktbearbeitung als kontinuierlichen Prozess zu verstehen.



Wie können wir vorhandene Ansätze, wie z.B. die „Grünwesten“, weiter stärken und finanzieren?

Die „Grünwesten“ sind Mitarbeitende der Kneipen im Regenbogenkiez, die z.B. bei Veranstaltungen als Ansprechpersonen bei queerfeindlichen Übergriffen zur Verfügung stehen.

Die Nachtbürgermeister sind Menschen, die im Regenbogenkiez gut vernetzt sind und deren Aufgabe es ist, grundlegende Spannungen frühzeitig zu erkennen, um eingreifen zu können.

Idee: Stärken von externen Aus- und Weiterbildungen oder den Anschluss an interne Fortbildungen ermöglichen!

Wie können Kommunen zusammenarbeiten, um die Bundesebene als Konfliktpartei mit einzubeziehen? Könnte es einen gesammelten Aufschrei der Kommunen geben, um den Konflikt mit der Bundesebene zu verschärfen?

Tempelhof-Schöneberg fehlen die finanziellen Ressourcen, hat aber personelle Ressourcen die mehr genutzt werden könnten.

Idee: Über externe Fördermittel wie z.B. Partnerschaften für Demokratie, EU-Fördermittel, Lions Club oder andere Akteur*innen finanzieren!



Wie können wir interdisziplinäres und proaktives Arbeiten fördern?

Idee: Durch eine Bedarfsanalyse!

Man kann durch eine Bedarfsanalyse nicht nur den Austausch, sondern auch die Ideenentwicklung und Informationssammlung interdisziplinär gestalten.

Eine Bedarfsanalyse kann ein guter Grundstein sein, der von Beginn an interdisziplinär konzipiert wird.

Ist eine Bedarfsanalyse wirklich das hilfreichste Mittel oder sollte man eher kleine Projekte wie z.B. die „Grünwesten“ fördern?

Idee: Durch eine Werteskala!

Die Werteskala könnte Strukturen langfristig nachhaltig gestalten und man wäre nicht mehr von Personen abhängig.

Die Werteskala könnte man mit der Leitfrage „Wofür stehen wir?“ erarbeiten.

Tag 2

4. Erfahrungswerkstätte Runde 1

4.1. »Herausforderungen und Zugänge im Kontext innereuropäischer Migration«

Franziska Funk – Sozialamt Brake

„Zugewanderte brauchen das Gefühl: ‚Wenn ich mich beteilige, wird das nicht als störend empfunden.‘“

Das Sozialamt der Stadt Brake schätzt den Kontakt zu Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen insgesamt als gut ein. Mit Blick auf Menschen, die aus Südosteuropa zugezogen sind, gestaltet sich die Situation etwas schwieriger. Viele von ihnen, so berichtet Frau Funk, identifizieren sich als Rom*nja. Zu dieser Gruppe besteht bislang nur wenig Kontakt, was aus Sicht des Sozialamts zunehmend als Herausforderung wahrgenommen wird. Beobachtet werden vermehrt kleinere Ordnungswidrigkeiten sowie Konflikte rund um die Nutzung des öffentlichen Raums und um informelle Regeln des Zusammenlebens.

In der anschließenden Diskussion wurde zunächst die Frage nach dem Ursprung des wahrgenommenen Handlungsbedarfs aufgeworfen: Geht es dabei primär um Anliegen und Beschwerden der Nachbar*innen – oder um Bedürfnisse und Interessen der Gruppe, zu der die Stadt den Kontakt ausbauen möchte? Deutlich wurde, dass für Zugewanderte zunächst zentral wäre, das Gefühl zu haben, dass Beteiligung erwünscht ist und nicht als störend wahrgenommen wird. Ohne diese grundlegende Erfahrung von Anerkennung und Offenheit sei eine aktive Mitwirkung kaum möglich.

„Es braucht langfristig angelegte Vertrauensarbeit!“

Zugleich wurde betont, dass erfolgreiche Ansprache und Zusammenarbeit langfristig angelegte Vertrauensarbeit erfordern. Insbesondere im Kontext innereuropäischer Migration stellt sich die Frage, wie kommunale Zugänge gelingen können, wenn – anders als bei Asylsuchenden oder Kriegsflüchtlingen – keine gesetzlich gegebene Notwendigkeit besteht, mit der Verwaltung in Kontakt zu kommen. Wie kann Interesse an der Gruppe signalisiert werden, ohne kontrollierend oder problemorientiert aufzutreten? Diese Frage wurde als zentrale Herausforderung benannt.

Frau Funk formulierte in diesem Zusammenhang das Anliegen der Kommune mit den Worten: „Wir möchten die Mitte behalten.“ Gemeint ist damit der Wunsch, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Polarisierungen frühzeitig entgegenzuwirken. Als ein möglicher

Ansatz wurde von Teilnehmenden insbesondere der Sport hervorgehoben. Sportangebote eröffnen niedrigschwellige Zugänge, ermöglichen Kindern Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und werden zugleich von den Eltern wahrgenommen und wertgeschätzt. Auf diese Weise können Begegnungen entstehen, die Vertrauen fördern und langfristig zu einem konstruktiveren Miteinander beitragen.

4.2. »Begegnungen mit Wirkung – Wie Polizei und Zivilgesellschaft im kommunalen Raum in einen wirkungsvollen Austausch kommen können«

Antje Schlichtmann – Polizeiinspektion Verden/Osterholz

Sarah Humbach – Leiterin des Polizeikommissariats Osterholz

Im Mittelpunkt dieser Erfahrungswerkstatt standen die Erfahrungen aus dem Pilotprojekt³ sowie der modularen Fortbildungsreihe „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“. Frau Schlichtmann und Frau Humbach gaben den Teilnehmenden einen Einblick in die polizeiliche Perspektive und schilderten, wie sie sich schrittweise mit dem Thema Dialogarbeit auseinandergesetzt haben. Diskutiert wurden dabei sowohl der Mehrwert eines solchen Austauschs für beide Seiten als auch die Voraussetzungen, unter denen ein tragfähiger Dialog gelingen kann.

Frau Schlichtmann stellte zunächst das Anliegen der Polizei heraus, demokratische Resilienz sowohl nach innen als auch nach außen zu stärken. In der Polizei Niedersachsen seien hierzu bereits verschiedene Maßnahmen etabliert, etwa die Qualifizierung von Demokratiepatinnen

„Auch als Polizei müssen wir uns immer wieder fragen: Wen erreichen wir – und wen erreichen wir aktuell nicht?“

innerhalb der eigenen Organisation. Zudem berichtete sie von dem Beratungsprozess mit Pro Peace, der vor einigen Jahren in Osterholz-Scharmbeck durchgeführt wurde. In einer damals von Gewalt geprägten Situation hatte die Polizei durch gezielten Kontaktaufbau vor Ort – unter anderem durch Haustürbesuche und das Angebot von Bürgersprechstunden – zu einer spürbaren Deeskalation beitragen können. Der präventive Ansatz habe seither einen hohen Stellenwert: „Auch als Polizei müssen wir uns immer wieder fragen: Wen erreichen wir – und wen erreichen wir aktuell nicht?“, so Frau Schlichtmann.

³ Die Dokumentation des Pilotprojekts steht hier zum Download bereit: https://gsi-bevensen.de/images/systemdownloads/Publ_Dial_m_Wirkung_2024_web.pdf

Anschließend stellte Frau Humbach das Projekt „Haltung zeigen. Zum Dialog zwischen Polizei und Zivilgesellschaft“ vor, das vom Gustav Stresemann Institut in Niedersachsen e. V. in Kooperation mit der Polizei sowie zivilgesellschaftlichen Partner*innen umgesetzt wurde. In den Jahren 2022 bis 2024 nahmen in drei Durchläufen jeweils zehn Vertreter*innen aus Polizei und Zivilgesellschaft an der begleitenden Fortbildungsreihe teil. Frau Humbach, die sich im Rahmen ihrer Masterarbeit an der Deutschen Hochschule der Polizei wissenschaftlich mit dem Projekt auseinandersetzte, beschrieb die herausfordernde Ausgangslage: Die Teilnehmenden seien anfangs von Skepsis und gegenseitigen Vorannahmen geprägt gewesen. Einzelne hätten den Raum rückblickend als „voller Raubtiere“ beschrieben oder erwartet, dass der Austausch anstrengend und pauschalisierend werde. Umso bemerkenswerter sei der Prozess gewesen, an dessen Ende Vertrauen entstanden sei – bis hin zu persönlichen Begegnungen, Umarmungen und dem Austausch von Kontaktdaten.

„Die Teilnehmenden waren anfangs von Skepsis und gegenseitigen Vorannahmen geprägt.“

„Umso bemerkenswerter war der Prozess, an dessen Ende Vertrauen entstanden ist.“

Die von Frau Humbach beobachteten Veränderungen lassen sich auf zwei Ebenen beschreiben: auf der persönlichen Ebene durch das gegenseitige Kennenlernen, auf der strukturellen Ebene durch inhaltliche Impulse externer Referent*innen und gemeinsame Diskussionen zu zentralen Fragen – etwa zu Protestformen, zivilem Ungehorsam oder dem Auftrag der Polizei – sowie auf der Verhaltensebene. Hier standen insbesondere eine diskriminierungssensible Sprache und ein vertrauensvolles, respektvolles Aufeinander-Zugehen zwischen Polizei und Zivilgesellschaft im Fokus.

In der anschließenden Diskussion vertieften die Teilnehmenden zentrale Gelingensbedingungen solcher Dialogformate. Deutlich wurde, dass diese nur dann funktionieren, wenn sie gemeinsam von Polizei und Zivilgesellschaft geplant werden. Gehe die Einladung nur von einer Seite aus, bleibe die Beteiligung der jeweils anderen häufig aus. Zudem wurde betont, dass die Teilnahme freiwillig sein müsse und eine grundsätzliche Gesprächsbereitschaft voraussetze.

Darüber hinaus zeigte sich, dass dialogische Formate auf der Führungsebene aktiv unterstützt werden müssen. Ob dieser Rückhalt vorhanden ist, hängt bislang häufig noch stark vom persönlichen Engagement einzelner Führungskräfte ab. Als gemeinsame Motivation für den Austausch zwischen Polizei und Zivilgesellschaft wurde schließlich der Einsatz für die Demokratie benannt: Während die Polizei ihren Auftrag aus dem Eid auf die Verfassung ableitet, engagiert sich die Zivilgesellschaft für die Stärkung demokratischer Werte und Strukturen. In diesem gemeinsamen Bezugspunkt liegt ein zentrales Potenzial für tragfähige Zusammenarbeit.

4.3. »Erfahrungen von Migrantinnen im Ehrenamt – Brücken zwischen Kulturen bauen«

Sawita Anwari – Afghanistan Studies and Cooperation Center e. V.

Die Diskussion entfernte sich rasch von der ursprünglichen Fragestellung der Erfahrungen von Migrant*innen im Ehrenamt und rückte stattdessen die Erfahrungen bei ihrer Ankunft in Deutschland in den Mittelpunkt. Sawita Anwari teilte ihre eigenen Erfahrungen dazu, wie es für sie war, in Deutschland als Migrantin und geflüchtete Person anzukommen und Fuß zu fassen. Dabei wurde deutlich, dass eine wirksame Unterstützung von Migration nur im Zusammenspiel mehrerer Ebenen gelingen kann. Insbesondere wurde herausgearbeitet, was es auf ehrenamtlicher, struktureller sowie auf der Ebene konkreter Unterstützungsangebote braucht, um Migrant*innen besser zu erreichen und nachhaltig zu begleiten.

„Auch wenn wir schon wissen, wie katastrophal und diskriminierend die Erfahrungen bei der Ausländerbehörde sind, müssen wir immer wieder von diesen Erfahrungen berichten.“

Ausgangspunkt war die Beschreibung der vielfältigen Herausforderungen, mit denen Migrant*innen konfrontiert sind. Diese reichen von intersektionaler Diskriminierung über psychische Belastungen infolge von Krieg und Flucht bis hin zu großen Unsicherheiten rund um den Aufenthaltsstatus. Hinzu kommt, dass bestehende Gesetze und Unterstützungsangebote häufig nicht bekannt sind und daher von vielen Migrant*innen gar nicht in Anspruch genommen werden können. Lange Bearbeitungszeiten, fehlende oder nicht funktionierende Online-Systeme in den Ausländerbehörden sowie die Angst vor Polizeikontrollen verstärken das Gefühl von Ohnmacht und Ungewissheit zusätzlich.

Vor diesem Hintergrund wurden zahlreiche Ideen auf den drei Ebenen – ehrenamtlich, strukturell sowie konkrete Unterstützungsangebote – entwickelt. Auf ehrenamtlicher Ebene wurde die Bedeutung von niedrigschwelliger Begleitung und persönlicher Unterstützung betont. Ehrenamtlich Engagierte fungieren häufig als erste Ansprechpersonen, bauen Vertrauen auf und helfen dabei, Informationen verständlich zu vermitteln und Orientierung zu geben – insbesondere dort, wo formale Strukturen als schwer zugänglich oder abschreckend erlebt werden. Auf struktureller Ebene wurde deutlich, wie zentral funktionierende, transparente und diskriminierungssensible Institutionen sind. Insbesondere die Rolle der Ausländerbehörden wurde intensiv diskutiert. Ein Zitat brachte dies prägnant auf den Punkt: „Auch wenn wir schon wissen, wie katastrophal und diskriminierend die Erfahrungen bei der Ausländerbehörde sind, müssen wir immer wieder von diesen Erfahrungen berichten und auf Missstände hinweisen.“ Es wurde betont, dass Mitarbeitende der Ausländerbehörden eine Schlüsselrolle einnehmen, da sie für viele Migrant*innen den ersten und prägendsten Kontakt mit staatlichen Institutionen darstellen. „Mitarbeitende der Ausländerbehörde sind so

„Gewinnt man kein Vertrauen in die Ausländerbehörde, wird man auch dem Staat Deutschland nicht vertrauen.“

zentral. Sie repräsentieren Deutschland und seine Institutionen. Gewinnt man kein Vertrauen in die Ausländerbehörde, wird man auch dem Staat Deutschland nicht vertrauen.“ Entsprechend brauche es hier eine bessere Ausstattung, klare Zuständigkeiten, verlässliche Verfahren sowie eine stärkere Sensibilisierung für die Lebensrealitäten von Migrant*innen.

Auf der Ebene der Unterstützungsangebote wurde schließlich hervorgehoben, dass diese bekannter, verständlicher und besser zugänglich gemacht werden müssen. Angebote sollten stärker auf die tatsächlichen Bedarfe ausgerichtet, mehrsprachig kommuniziert und mit aufsuchenden Ansätzen verbunden werden. Nur so kann es gelingen, bestehende Hilfen wirksam nutzbar zu machen und Migrant*innen in ihrer Selbstständigkeit und Teilhabe zu stärken.

Insgesamt wurde deutlich, dass eine bessere Unterstützung von geflüchteten Menschen nicht durch Einzelmaßnahmen erreicht werden kann. Erst das Zusammenspiel von engagiertem Ehrenamt, tragfähigen und vertrauenswürdigen Strukturen sowie passgenauen, gut erreichbaren Angeboten schafft die Grundlage für nachhaltige Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe.

4.4. »Neutralitätsgebot bei politischen Veranstaltungen«

Merlin Patalong – Caritas Essen

In der Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, wie Beteiligungsformate im öffentlichen Raum unter Einbeziehung aller politischen Parteien konfliktensibel, angemessen und zugleich wirksam geplant und durchgeführt werden können. Eng damit verbunden ist die Frage, wie die vorbereitende Abstimmung zu solchen Veranstaltungen so organisiert werden kann, dass sie Orientierung und Handlungssicherheit bietet. Dabei wurde intensiv darüber diskutiert, was im Sinne der Verantwortung der Veranstaltenden als Pflicht gilt und wo Gestaltungsspielräume bestehen. Insbesondere der Umgang mit dem Neutralitätsgebot stellt dabei eine zentrale Herausforderung dar: Wie viel Spielraum haben kommunale Akteure, eine Veranstaltung an demokratischen Werten auszurichten, ohne ihre rechtliche Rolle zu verlassen?

„Zwischen dem Anspruch, keine Bühne für demokratiefeindliche Positionen zu bieten, und der Realität, dass öffentliche Auseinandersetzungen dies mitunter dennoch erfordern, bewegt sich ein zentrales Spannungsfeld.“

Einigkeit bestand darin, dass politische Positionen – auch potenziell menschen- oder demokratiefeindliche – nicht einfach ignoriert werden können, da es sich häufig um Menschen aus der „Mitte der Gesellschaft“ und um Nachbar*innen vor Ort handelt. Zugleich wurde betont, dass der Umgang mit (in Teilen) demokratiefeindlichen Parteien besondere Aufmerksamkeit erfordert. Ein Teilnehmer beschrieb dies sinnbildlich als den Umgang „mit einem Wolf im Schafspelz“ und verwies auf die hohe Verantwortung, die dabei insbesondere der

Moderation einer Veranstaltung zukommt. Zwischen dem Anspruch, keine Bühne für demokratiefeindliche Positionen zu bieten, und der Realität, dass öffentliche Auseinandersetzungen diese Bühne mitunter dennoch erfordern, bewegt sich ein zentrales Spannungsfeld. Umso wichtiger sei es, als Gesellschaft besser darin zu werden, diese Bühnen bewusst zu gestalten.

In diesem Zusammenhang wurde mehrfach betont, dass Neutralität nicht mit Gleichgültigkeit gegenüber der Demokratie verwechselt werden dürfe. Demokratieförderung sei per se eine politische Aufgabe – und stelle insbesondere für „neutrale“ Stadtverwaltungen eine dauerhafte Herausforderung dar.

„Neutralitätsgebot heißt nicht ‚gleichgültig der Demokratie gegenüber‘!“

Mehrere Beiträge verwiesen auf Erfahrungen aus Ostdeutschland, wo die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Parteien vielerorts bereits seit Jahren geführt werde. Daraus ließe sich lernen, dass Ausweichen oder Schweigen keine tragfähigen Strategien sind. Die Auseinandersetzung sei schwierig, dürfe aber nicht vermieden werden. Gleichzeitig wurde davor gewarnt, rechtsextremen Parteien durch ungeschicktes Vorgehen dabei zu helfen, sich in einer Opfer- oder Märtyrerrolle zu inszenieren.

Deutlich wurde auch, dass die Verwaltung aus Sorge vor juristischen Auseinandersetzungen häufig vorsichtiger agiert. Um Handlungssicherheit zu erhöhen, brauche es daher mehr juristischen Sachverstand, klare Einschätzungen und vor allem Rückendeckung für diejenigen, die Verantwortung übernehmen. Mut zur Positionierung sei notwendig – auch innerhalb der Verwaltung. Dabei dürfe nicht aus dem Blick geraten, dass die große Mehrheit der Menschen in Deutschland hinter der Demokratie steht.

„Es braucht Mut, sich zu positionieren. Auch als Verwaltung. Wir sollten nicht vergessen, dass die große Masse der Menschen in Deutschland hinter der Demokratie steht.“

Als zentraler Gelingensfaktor wurde schließlich die gründliche Vor- und Nachbereitung entsprechender Veranstaltungen hervorgehoben. Dazu gehören unter anderem der Einsatz von Faktenchecks sowie eine transparente, nachgelagerte Einordnung und Aufbereitung getätigter Aussagen. Die Verantwortung für den Umgang mit demokratiefeindlichen Akteuren könne nicht delegiert werden – weder an den Bund noch an Gerichte. Zugleich wurde auf ein strukturelles Dilemma innerhalb der Verwaltung hingewiesen: Während parteipolitische Neutralität geboten ist, wirkt Parteipolitik faktisch stark auf Verwaltungsprozesse ein – insbesondere über die Hausspitze bis in alle Ebenen hinein.

Abschließend wurde auch auf praktische Aspekte der Veranstaltungsmoderation verwiesen. So könne bereits die Reihenfolge der Wortmeldungen in Podiumsrunden Einfluss auf den Verlauf der Debatte nehmen: Beginnt beispielsweise die Abkürzung einer Partei mit dem Buchstaben A, kann sie beim alphabetischen Aufrufen als erste aufgerufen werden – was anderen Akteuren die Möglichkeit eröffnet, im Anschluss klar Position zu beziehen und Aussagen einzuordnen.

5. Erfahrungswerkstätte Runde 2

5.1. »Im kommunalen Raum Netzwerke knüpfen und Verbündete finden«

Ute Schmidt – Moderationsstammtisch Mecklenburg-Vorpommern

„Um tragfähige und breite Netzwerke aufzubauen, braucht es [...] einen bewussten Perspektivwechsel und die Bereitschaft, über etablierte Strukturen hinauszudenken.“

Im Austausch wurde deutlich, dass die Suche nach neuen Verbündeten im kommunalen Raum häufig vor der Herausforderung steht, dass sich Netzwerke immer wieder um denselben Kreis „bekannter Akteure“ drehen. Um tragfähige und breitere Netzwerke aufzubauen, braucht es daher einen bewussten Perspektivwechsel und die Bereitschaft, über etablierte Strukturen hinauszudenken. Zentrale Voraussetzung ist dabei nicht zwingend eine umfassende inhaltliche Übereinstimmung. Vielmehr kann ein gemeinsames, auch punktuell Interesse oder ein konkreter Anlass ausreichen, um erste Anknüpfungspunkte zu schaffen und Kooperationen zu ermöglichen.

Gleichzeitig wurde betont, dass Netzwerke weder Selbstzweck noch Selbstläufer sind. Ein klar formuliertes Ziel und ein durchdachter Plan sind entscheidend, um Orientierung zu geben und Erwartungen transparent zu machen. Nur so lässt sich vermeiden, dass Engagement versandet oder Beteiligte den Mehrwert der Zusammenarbeit aus den Augen verlieren.

Darüber hinaus braucht der Aufbau belastbarer Netzwerke vor allem Zeit und Geduld. Vertrauen entsteht nicht kurzfristig, sondern durch kontinuierliche Beziehungspflege. Räume müssen oft langsam erschlossen werden, es müssen immer wieder neue Anlässe für Begegnung geschaffen und bestehende Kontakte aktiv gepflegt werden. In Kontakt zu bleiben, auch jenseits konkreter Projekte, wurde als wesentlicher Faktor benannt, um Netzwerke langfristig zu stabilisieren und handlungsfähig zu halten.

„Vertrauen entsteht nicht kurzfristig, sondern durch kontinuierliche Beziehungspflege.“

5.2. »Frühzeitiges Erkennen von Konfliktpotenzialen bei der Unterbringung von Geflüchteten«

Sophia Fechter – Demokratiezentrum Hessen

„Es ist wichtig, früh sensibel für mögliche Dynamiken zu sein und nicht erst dann zu reagieren, wenn sich Widerstand bereits verfestigt hat.“

Im Austausch zu kommunalen Erfahrungen mit der Unterbringung von Geflüchteten wurde deutlich, dass präventive Strategien rund um die geplante Unterbringung von Geflüchteten vor allem eines erfordern: frühzeitige, transparente und dialogorientierte Kommunikation. Eine zentrale Erkenntnis aus dem vorgestellten Forschungsprojekt war dabei, dass alle 70 untersuchten Bürger*inneninitiativen gegen Unterkünfte durch rechtsextreme Akteure beeinflusst waren. Umso wichtiger ist es, früh sensibel für mögliche Dynamiken zu sein und nicht erst dann zu reagieren, wenn sich Widerstand bereits verfestigt hat.

Besonders kritisch wird der Moment beschrieben, in dem Nachbarschaften über konkrete Planungen informiert werden. Erfolgt diese Information etwa ausschließlich per Brief und vermittelt den Eindruck vollendeter Tatsachen, kann dies schnell als bedrohlich oder übergehend wahrgenommen werden. Prävention bedeutet hier, Information nicht nur als formalen Akt zu verstehen, sondern als Einladung zum Gespräch: durch frühzeitige Einbindung, nachvollziehbare Begründungen und das Aufzeigen von Handlungsspielräumen. Die Kommunikation vonseiten der Verwaltung und Politik nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein, da sie maßgeblich Vertrauen schaffen oder verlieren kann.

Gleichzeitig wurde betont, dass Konfliktbearbeitung nicht allein auf das „Dagegenhalten“ gegenüber Polarisierung reduziert werden sollte. Ebenso wichtig ist es, positive Angebote zu schaffen, die Begegnung ermöglichen und gemeinsame Interessen sichtbar machen. Solche Räume können Unsicherheiten abbauen und dazu beitragen, dass sich lautstarke, polarisierende Stimmen nicht als alleinige Sprecher*innen der Nachbarschaft etablieren.

„Es ist wichtig, positive Angebote zu schaffen, die Begegnung ermöglichen.“

Ist ein Konflikt bereits eskaliert, braucht es klare Haltung und zugleich strukturierte Dialogformate. Hier können externe Moderation, transparente Entscheidungswege und eine deutliche Abgrenzung gegenüber demokratiefeindlichen Positionen hilfreich sein. Gleichzeitig bleibt Geduld ein zentraler Faktor: Eskalierte Konflikte lassen sich selten kurzfristig auflösen, sondern erfordern kontinuierliche Präsenz, Verlässlichkeit und die Bereitschaft, auch schwierige Aushandlungsprozesse auszuhalten.

5.3. »Die Stadt muss da doch... - Erwartungen an die Kommunalverwaltung bei der Organisation des Miteinanders«

Tim Stegmann – Stadt Herne

Ausgangspunkt der Diskussion war die Beschreibung der Situation in Herne. Dort wird in öffentlichen Debatten immer wieder vordergründig das Thema der Zuwanderung aus Südosteuropa aufgegriffen, während dahinterliegende strukturelle Fragestellungen häufig in den Hintergrund treten. Obwohl der Anteil der Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Herne lediglich bei rund zwei Prozent liegt, ist das Thema politisch und administrativ sehr hoch angesiedelt und wird mit umfangreichen Ressourcen sowie eigens eingerichteten Stellen und Arbeitskreisen innerhalb der Stadtverwaltung bearbeitet.

„Der Blick und Fokus auf nur eine Gruppe funktioniert nicht.“

Im Kontext sogenannter „Problemimmobilien“ habe sich eine Eigendynamik entwickelt: Alte Erzählungen und Zuschreibungen würden fortgeschrieben, unabhängig davon, wer aktuell dort lebt oder wie sich die Situation tatsächlich darstellt. Daraus habe sich eine ausgeprägte Beschwerdedynamik entwickelt, mit der die Stadtverwaltung umgehen müsse. In diesem Zusammenhang sei deutlich geworden, dass das bewusste Öffnen von Beschwerderäumen durch die Stadt zwar Engagement signalisiere, zugleich aber Erwartungen wecke, die häufig nicht kurzfristig erfüllt

werden könnten. Bleiben schnelle Lösungen aus, verstärke dies den Unmut und führe paradoxerweise zu weiteren Beschwerden.

Im Rahmen der Begleitung durch die Kommunale Konfliktberatung wurde deutlich, dass die Art und Weise, wie auf Konflikte in Nachbarschaften reagiert wird, selbst Einfluss auf die Konfliktdynamik nimmt. Als zentral wurde benannt, stigmatisierende und dominante Narrative nicht zu reproduzieren oder unkritisch zu übernehmen. In diesem Kontext wurde auch eine neue Stelle zur Konfliktbearbeitung im Sozialraum geschaffen. Eine zentrale Erkenntnis ist dabei, dass es nicht ausschließlich um die Thematik der Zuwanderung aus Südosteuropa geht, sondern grundsätzlicher um das Auftreten der Stadtverwaltung in der Konfliktbearbeitung und um Fragen der Sozialraumgestaltung insgesamt.

„Der Schlüssel ist, verschiedene Ämter zusammenzubringen. Das Sozialamt alleine reicht nicht.“

Vor diesem Hintergrund stellten sich insbesondere folgende Fragen: Wie können langfristige, strategische Ansätze entwickelt werden, die dem hohen Druck nach schnellen Lösungen standhalten, obwohl kurzfristiges Handeln bislang als wenig produktiv erlebt wird? Und wie kann dabei auch die politische Ebene angemessen eingebunden und mitgenommen werden? Zudem wurde diskutiert, wie konflikt sensible Ansätze und eine entsprechende Haltung stärker und nachhaltiger innerhalb der Verwaltung verankert werden können.



„Wir sollten im Austausch bleiben, vor allem zu Stellen in der Verwaltung, die sich mit Konfliktbearbeitung beschäftigen.“

Aus der Stadt Essen wurde die Erfahrung eingebracht, dass ein wesentlicher Schlüssel darin liege, verschiedene Fachämter zusammenzubringen und einen systematischen Perspektivwechsel zu ermöglichen. Konfliktbearbeitung könne nicht allein Aufgabe der Sozialarbeit sein, sondern erfordere ein abgestimmtes, verwaltungsübergreifendes Vorgehen. In diesem Zusammenhang wurde auch betont, wie wichtig eine gemeinsame Zielvorstellung ist: Was wollen wir als Stadt eigentlich erreichen? Und wie können Beschwerdeführende stärker in die Selbstverantwortung gebracht und als Teil der Lösung einbezogen werden?

Eine Erfahrung aus Nürnberg unterstrich zudem die Bedeutung von Transparenz: Wirkliche Veränderungen benötigen Zeit, und kleine, schnelle Maßnahmen greifen oft zu kurz. Stattdessen brauche es ein vertieftes Verständnis der lokalen Situation sowie ein anderes, langfristigeres Denken. Das dortige Konfliktmanagement werde als vergleichsweise neutrale Instanz wahrgenommen, was als große Chance beschrieben wurde. Entscheidend sei dabei stets die Frage, wer als nicht-parteiisch gelten kann und somit mit allen beteiligten Seiten in einen tragfähigen Kontakt treten kann.

Eine weitere zentrale Erkenntnis aus der Konfliktanalyse in Herne betraf asymmetrische Machtverhältnisse zwischen unterschiedlichen Gruppen. Diese erschweren oder verhindern häufig eine direkte Konfliktbearbeitung. Während eine Seite mit der Erwartung auftritt, dass die eigenen Interessen durchgesetzt werden, haben andere – nicht zuletzt aufgrund transgenerationaler Erfahrungen – kaum Vertrauen darin, dass ihre Anliegen überhaupt wahrgenommen werden. Vor diesem Hintergrund wurde betont, wie wichtig es ist, dass die Stadtverwaltung diese unterschiedlichen Ausgangslagen versteht und darauf aufbauend neue strategische Ansätze entwickelt. Als hilfreich wurde zudem die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure benannt, um vorhandene Ressourcen bestmöglich zu nutzen und gut zu koordinieren. Über allem stand jedoch die wiederkehrende Erkenntnis: Vertrauensaufbau ist ein langfristiger Prozess und braucht Zeit.

5.4. »Sozialraumorientierung als bereichsübergreifender Arbeitseinsatz – ein Impuls aus Tempelhof Schöneberg«

Johanna Johne-Akcinar – Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg, Berlin

In der Diskussion stand die Frage im Mittelpunkt, inwieweit fachbereichsübergreifendes Arbeiten in der kommunalen Praxis tatsächlich gelingt und welche Erfahrungen es insbesondere im Kontext sozialraumorientierter Ansätze gibt. Deutlich wurde, dass Sozialraumorientierung dort wirksam wird, wo Verwaltungsstrukturen über Zuständigkeitsgrenzen hinweg zusammenarbeiten und gemeinsame Ziele verfolgen. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass genau diese Form der Zusammenarbeit nach wie vor eine Herausforderung darstellt und aktiver Gestaltung bedarf.



„Aufsuchende Arbeit ist enorm wichtig. Die Menschen müssen dort aufgesucht werden, wo sie sich aufhalten, ihr Bedarfe müssen gehört und sichtbar gemacht werden.“

Ein zentrales Thema war dabei, wie Menschen im Sozialraum erreicht werden können, um ihre Bedarfe wahr- und ernst zu nehmen. Übereinstimmend wurde betont, dass aufsuchende Arbeit hierfür eine Schlüsselrolle spielt. Menschen dort aufzusuchen, wo sie sich tatsächlich aufhalten, ihre Perspektiven zu hören und ihre Anliegen sichtbar zu machen, wurde als grundlegende Voraussetzung beschrieben. Erst auf dieser Basis können passgenaue Angebote entwickelt werden, die sich an den realen Lebenslagen im Sozialraum orientieren.

Am Beispiel von Tempelhof-Schöneberg wurde deutlich,

welches Potenzial eine konsequent umgesetzte Sozialraumorientierung entfalten kann. Der dort verfolgte Ansatz zeichnet sich durch ein strukturiertes, strategisches und präventives Vorgehen aus und wurde als Modell beschrieben, das auch in anderen Kommunen Anwendung finden sollte. Sozialraumorientiertes Arbeiten wurde dabei nicht nur als Instrument zur Bearbeitung konkreter Problemlagen verstanden, sondern auch als wirksamer Ansatz, um Politikverdrossenheit und antidemokratischen Haltungen frühzeitig entgegenzuwirken.

„Sozialraumorientierung am Beispiel Tempelhof-Schöneberg müsste überall passieren, da sie strukturiert, strategisch und präventiv arbeitet.“

In der Diskussion wurde zudem herausgestellt, dass Sozialraumorientierung nur dann nachhaltig wirken kann, wenn bereichsübergreifende Strukturen geschaffen und langfristig verstetigt werden. Fachbereichsübergreifendes Arbeiten, eine gemeinsame Verantwortung für den Sozialraum und kontinuierliche Abstimmungsprozesse wurden als Gelingensbedingungen benannt. Vor diesem Hintergrund wurde Sozialraumorientierung klar als präventiver Ansatz verstanden: Sie ermöglicht es, Konflikte und gesellschaftliche Spannungen frühzeitig zu erkennen, Bedarfe sichtbar zu machen und handlungsfähig zu bleiben, bevor sich Probleme verfestigen.

6. Paneldiskussion

Zum Abschluss der Tagung kamen vier der Inputgebenden, Isabella Bauer, Kerstin Pukallus, Olaf Kleint und Antje Schlichtmann, noch einmal in einer Paneldiskussion zusammen, um die zentralen Erkenntnisse und Eindrücke der vergangenen zwei Tage gemeinsam zu reflektieren und zu bündeln. Moderiert von der Tagungsleitung und im Austausch mit dem Publikum standen dabei die Fragen im Mittelpunkt, was die Teilnehmenden von der Tagung mitnehmen, welche neuen Impulse sie erhalten haben und was sich für sie im Vergleich zur Zeit vor der Tagung konkret verändert hat – sowohl in der Haltung als auch im praktischen Handeln.



„Nur wenn wir eine gemeinsame Sprache entwickeln, kann man auch Fortschritte erzielen.“

In den Podiumsbeiträgen wurde deutlich, wie wichtig eine gemeinsame Sprache für die Bearbeitung kommunaler Konflikte ist und, dass das bewusste Erkennen und Benennen von Problemen bereits einen entscheidenden ersten Schritt in Richtung Lösung darstellt. Viele Teilnehmende hoben hervor, wie wertvoll die Begegnungen mit anderen engagierten Akteuren waren, die an ähnlichen Fragestellungen arbeiten. Genannt wurden unter anderem neue Denkanstöße, eine Stärkung der eigenen Arbeit, konkrete Ideen – etwa für die Zusammenarbeit mit der Polizei – sowie das Gefühl, mit

Herausforderungen nicht allein zu sein. Zugleich wurde betont, dass Reflexion auch unbequem sein kann und es manchmal Mut erfordert, sich einen kritischen Spiegel vorhalten zu lassen. Als zentrale Kompetenz wurde wiederholt das Zuhören genannt – als Grundlage für Verständigung, Lernen und wirksame Konfliktbearbeitung.

Dieselben Leitfragen wurden anschließend auch an das Publikum weitergegeben. In einer abschließenden Beitragsrunde hatten alle Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Gedanken, Eindrücke und persönlichen Erkenntnisse zu teilen. Die Paneldiskussion schloss mit kurzen, pointierten Abschlussstatements der Podiumsgäste, die den gemeinsamen Lernprozess noch einmal zusammenfassten und den Blick auf die weitere praktische Arbeit in den Kommunen richteten.

„Das Problem zu kennen, ist der erste Schritt in Richtung Lösung.“

7. Tagungskommentar

Inga Nehlsen und Wolfgang Dörner schlossen das Programm mit einem gemeinsamen Kommentar:

Die diesjährige Interkommunale Fachtagung stand unter dem Titel „Kommunen unter Druck – Konflikte gemeinsam anpacken“. Bereits in den Grußworten zu Beginn wurde das „gemeinsam“ darin betont und im Verlauf der Tagung wurde immer wieder deutlich: Gemeinsam sind wir tatsächlich stärker, auch angesichts des steigenden Drucks in Kommunen. Netzwerke knüpfen und Verbündete finden – das ist ein Hauptziel der Interkommunalen Fachtagung. Das Format bietet Raum für Austausch und gemeinsame Lernprozesse mit praktischen Beispielen. Den gemeinsamen Bezugspunkt bildet das Verständnis, Konflikte als Motor für Veränderung zu sehen. Und hier hat sich viel getan in den letzten Jahren. Vor vier Jahren war eine zentrale Frage der IKFT noch „Warum eigentlich Konflikt? Warum ist das ein wichtiges Thema?“. Inzwischen scheint es ein ganzes Stück selbstverständlicher geworden, sich mit Konflikten auseinanderzusetzen. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl an Initiativen, Trägern und Projekten, die sich Konfliktbearbeitung widmen. Der Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung ist ein Beispiel für diese Entwicklungen. Mit Blick auf das diesjährige Tagungsthema gilt es auch herauszufinden: Was bedeutet denn gemeinsam, wen brauchen wir alles mit am Tisch, wen übersehen wir vielleicht aus unserer eigenen Perspektive heraus? Und wie machen wir Betroffene zu

„Gemeinsam sind wir tatsächlich stärker.“

Beteiligten eines Konflikts? Es geht dabei auch um Fragen wie: Wer definiert den Konflikt, wer kann sich hörbar machen; welchen Gruppen gelingt dies besser und welchen weniger gut? In einer Situation, in der Demokratie immer mehr von innen und außen unter Druck gerät, kann diese Tagung ein Raum sein, um den aktuellen Diskurs mitzuprägen und die Aufmerksamkeit zu schärfen, und sie kann dazu beitragen, sich nicht an Grenzüberschreitungen zu gewöhnen.

Diese Interkommunale Fachtagung lebte von verschiedenen Impulsen und Mitwirkenden. Der

„Die
Interkommunale
Fachtagung lebt
von verschiedenen
Impulsen und
Mitwirkenden“

wissenschaftliche Eingangsvortrag „Demokratie im Spannungsfeld: Konfliktbearbeitung zwischen Teilhabe und Polarisierung“ setzte theoretische Impulse mit Blick darauf, welche Rolle Konflikten in der Demokratie zukommt und wie sie zuweilen in einer populistischen Logik benutzt werden. Die wissenschaftliche Perspektive wurde bereichert durch die Beiträge von Verantwortungstragenden aus recht verschiedenen Kommunen: eher ländliche Orte aus einer westlichen und einer östlichen geographischen Randlage der Republik, sowie eine Bezirksverwaltung der Hauptstadt. Das

offene Teilen der Erfahrungen und Einsichten, das Benennen der Herausforderungen und das Aufzeigen nicht nur der schönen Seiten der eigenen Kommune setzte den Ton und schuf die Atmosphäre für den vertrauensvollen Austausch, von dem die Interkommunale Fachtagung lebt. Die lebhaften Diskussionen beim Abendessen weisen vielleicht darauf hin, wie gut dies funktioniert hat, wie anregend und verbindend das Programm bereits am ersten Tag gewirkt hat.

So konnten wir am Vormittag des zweiten Tages – aufbauend auf bereits gewachsener Vertrautheit, wohlwollender Neugier und Offenheit – in die Erfahrungswerkstätten starten. Wir haben uns sehr gefreut, dass so viele von Ihnen – ob im Vorfeld oder spontan – interessante Themen und Fragestellungen eingebracht haben und haben den Eindruck, dass auch Sie von dieser Gelegenheit profitieren konnten und für sich etwas mitnehmen konnten.

Neben verschiedenen Inputs ist es Teil des Konzeptes der Interkommunalen Fachtagungen, Zeit zu geben für den Austausch, nicht nur in den kleinen Diskussionsgruppen und in den Pausen, sondern auch im Ablauf des Programms. Wir sind überzeugt, dass im Austausch eine eigene Fachlichkeit liegt, die nicht direkt durch Vorträge oder ähnliches vermittelt werden kann. Die augenscheinlich sehr lebhaften Unterhaltungen in den Pausen und das Austauschen von Kontaktdaten, das immer wieder zu beobachten war, scheinen zu belegen, dass diese Austauschräume gewinnbringend genutzt werden konnten.

Aus den Rückmeldungen in der Abschlussrunde wurde deutlich, dass Teilnehmende nicht mit fertigen Lösungen, aber mit Anregungen für den eigenen Kontext aus der Tagung gehen und besser vorbereitet sind für die vielen neuen und oft unsicheren Momente in der täglichen Arbeit. Es bestätigt uns in der Annahme – und es ist ein wiederkehrendes Element in unserer Arbeit –, dass es in besonders komplexen Situationen hilfreich sein kann, die

„Wir sind überzeugt,
dass im Austausch eine
eigene Fachlichkeit
liegt, die nicht direkt
durch Vorträge oder
ähnliches vermittelt
werden kann.“

Unsicherheiten zu benennen und auch auszuhalten – schon daraus kann in einem entsprechenden Raum kreatives Potenzial erwachsen.

Unsicherheiten auszuhalten war bei dieser Interkommunalen Fachtagung auch ganz praktisch ein Thema, in Bezug auf den Umgang mit Sprache. Wenn wir einladen, zu teilen und zu diskutieren, wissen wir nicht vorher, was gesagt wird und wie es ausgedrückt wird. Wir laden ein, frei zu sprechen und sind uns bewusst, dass dies auch das Risiko birgt, dass Formulierungen verwendet werden, die andere unbeabsichtigt verletzen können. Daher ist es uns wichtig, über Wortwahl und oft unabsichtlich transportierte Aussagen zu reflektieren: Wie sprechen wir über Probleme und Konflikte? Wo wird etwas reproduziert und bestätigt, das wir eigentlich nicht bestätigen wollen? Wo vereinfachen wir Dinge? Wo schließen Formulierungen (unbewusst) aus? Es ist auch Teil der Interkommunalen Fachtagung, verschiedene Logiken, verschiedene Welten, in Kontakt miteinander zu bringen und aufeinander treffen zu lassen – wie Engagierte aus staatlicher Verwaltung und aus der Polizei, zivilgesellschaftlich Akteure, Berater*innen mit Konfliktexpertise, Personen mit wissenschaftlichem Hintergrund. Wir alle müssen anschlussfähig bleiben, nicht nur miteinander, sondern auch, wenn wir zurückkehren, in unsere jeweiligen Realitäten und Logiken. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass Sprache Fakten schafft. Daher müssen wir uns im ständigen Austausch um das Finden einer gemeinsamen Sprache bemühen, die mit möglichst verschiedenen Lebensrealitäten und gleichzeitig mit unserem Anspruch an konfliktsensibles Arbeiten verträglich ist. Das ist nicht immer leicht und kann jede*n von uns immer wieder persönlich fordern. Wir praktizieren also in der Interkommunalen Fachtagung das, was wir auch in Kommunalen Konfliktberatungsprozessen ermöglichen wollen: Zuhören, auch wenn wir nicht immer zustimmen, um die gemeinsamen nächsten Schritte zu ermöglichen. Unser Fokus bleibt dabei ein konstruktiver Umgang mit Konflikten, nicht als ein Selbstzweck, sondern orientiert an einer Friedenslogik, für ein gerechteres Zusammenleben.

„Wir alle müssen anschlussfähig bleiben, nicht nur miteinander, sondern auch, wenn wir zurückkehren, in unsere jeweiligen Realitäten und Logiken.“

Auch wenn die Finanzierung für die nächste Interkommunale Fachtagung noch nicht ganz sicher ist, können wir zusagen, dass es auf jeden Fall weitergehen wird. Wir hoffen Sie bald zu unserer nächsten Interkommunalen Fachtagung einladen zu können und freuen uns auf ein Wiedersehen!

Netzwerken

Vernetzung war ein essentieller Teil der Interkommunalen Fachtagung 2025. Durch die verschiedenen thematischen Austauschräume wurde ein besonderes Augenmerk daraufgelegt, Teilnehmende mit ähnlichen Interessen und Problemlagen miteinander in Kontakt zu bringen. Vom interaktiven Kennenlernen über die Erfahrungswerkstätten bis zur abschließenden Netzwerkzeit boten sich zahlreiche Möglichkeiten für Austausch und weiterführende

Vernetzung. Ein besonderes Vernetzungsangebot war dieses Jahr das kursübergreifende Kennenlernen der Teilnehmenden aus der „Fortbildung für Konfliktkompetenz im kommunalen Raum“. Hier bot sich die Möglichkeit, noch einmal neue Verbindungen zu knüpfen und sich dazu auszutauschen, wie Fortbildungsinhalte in der eigenen Praxis nachwirken und angewandt werden können.



Die Interkommunale Fachtagung 2025 brachte 72 Akteure aus 23 Kommunen zusammen. Anwesend waren Vertreter*innen aus den folgenden Bereichen...

- ... kommunale Verwaltung und Politik
- ... Landesministerien
- ... Polizei
- ... Wohlfahrtsverbände und religiöse Institutionen
- ... Wissenschaft
- ... Zivilgesellschaft
- ... freiberufliche Konfliktberater*innen von Pro Peace
- ... Mitarbeitende des Programms „Kommune und Konflikt“ von Pro Peace

Bamberg Berlin Bottrop Brake
 Fürth Halle Hannover Herne Köln Lehrte
 Nordstadt Nürnberg Osterholz-Scharmbeck
 Rodenberg Salzgitter Salzwedel Osnabrück
 Essen Torgelow Uecker-Randow Verden
 Wesermarsch Augsburg

Wissenswertes

Kommunale Konfliktberatung

Kommunale Konfliktberatung befasst sich als systemischer prozessorientierter Ansatz mit Konflikten auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Landkreisen. Als Konflikt werden dabei verschiedene Arten von Spannungen, Herausforderungen und Probleme des Zusammenlebens verstanden. Kommunale Konfliktberatung unterstützt da, wo bestehende Strukturen und Mechanismen an ihre Grenzen stoßen. Sie begleitet lokale Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung dabei, die komplexe Gemengelage lokaler Herausforderungen und Konflikte zu entwirren, die Bedürfnisse verschiedener Interessengruppen herauszuarbeiten und nachhaltige Zukunftsperspektiven zu entwickeln.⁴

Fortbildung

Die Fortbildung für Konfliktkompetenz im kommunalen Raum „*Konflikte verstehen. Potenziale nutzen.*“ ermöglicht es Teilnehmenden, sich einen analytischen Blick auf Konflikte in ihrem jeweiligen kommunalen Kontext zu erarbeiten und ihre kommunikativen Fähigkeiten zu schärfen. Kleine wie große Konflikte aufzufangen, aber auch das Zusammenleben in Vielfalt zu gestalten, stellt verschiedene Akteure vor Ort oft vor Herausforderungen. Der Fokus dieser Fortbildung liegt auf einer Sensibilisierung für Konfliktdynamiken und der Erarbeitung verschiedener Handlungsmöglichkeiten komplexe Konflikte in der eigenen Stadt, Gemeinde oder dem Kreis anzugehen.⁵

Wissenschaftliche Begleitung

Seit 2018 arbeiten Pro Peace und der Lehrstuhl für Politikwissenschaft, Friedens- und Konfliktforschung der Universität Augsburg eng zusammen. Bis Ende Februar 2026 forschten die beiden Partner im Rahmen eines partizipativen Forschungsprojektes zu den Wirkungen Kommunaler Konfliktberatung. Ziel des Forschungsprojekts war es, weitere und vertiefte Erkenntnisse darüber zu erlangen, wie Kommunale Konfliktberatung in Kommunen wirkt. Dieses Wissen trägt dazu bei, die Arbeit für und mit Kommunen noch wirksamer zu gestalten.⁶

⁴ Weitere Informationen zum Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung finden Sie hier: www.kommunale-konfliktberatung.de

⁵ Weitere Informationen zur Fortbildung finden Sie hier: <https://akademie.propeace.de/de/fortbildung-konfliktkompetenz-im-kommunalen-raum>

⁶ Weitere Informationen zu den abgeschlossenen Forschungsprojekten finden Sie hier: <https://www.propeace.de/de/projekt/forschung-kommunale-konfliktberatung>

<https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/powi-friedens-und-konfliktforschung/forschungsprojekte/aktuelle-forschungsprojekte/forschungsbereich-konflikt-friedens-und-gewaltforschung/kompa2/>

Kooperationsverbund Demokratische Konfliktbearbeitung:

Als Teil des Kooperationsverbundes Demokratische Konfliktbearbeitung arbeiten wir gemeinsam mit sechs weiteren Fachorganisationen im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!“ daran, Angebote zur Konfliktbearbeitung zu bündeln und zugänglich zu machen, Wissen zu erweitern sowie ein Netzwerk aufzubauen⁷.



Danksagung

Wir danken dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) der Europäischen Union, dem Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes NRW sowie dem Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) ohne deren Förderung die Interkommunale Fachtagung 2025 in Berlin sowie unsere Arbeit nicht möglich wäre.

Für die wertvollen Impulse geht ein ausdrücklicher Dank an alle Referent*innen (in alphabetischer Reihenfolge):

Sawita Anwari

Michael Kurz

Isabella Bauer

Jörn Oltmann

Dr. Johannes Blatt

Donald Pasha

Sophia Fechter

Merlin Patalong

Franziska Funk

Kerstin Pukallus

Nadja Gilbert

Antje Schlichtmann

Sarah Humbach

Ute Schmidt

Johanna Johne-Akcinar

Tim Stegmann

Dr. Beate Küpper

Unser Dank gebührt zudem allen Teilnehmenden! Sie alle haben durch Ihre einzigartigen Erfahrungen, anregenden Gedanken, kritischen Fragen, engagierten Beiträge sowie Ihr

<https://www.uni-augsburg.de/de/fakultaet/philsoz/fakultat/powi-friedens-und-konfliktforschung/forschungsprojekte/abgeschlossene-forschungsprojekte/kompa/>

⁷ Weitere Informationen zum Kooperationsverbund finden Sie hier: <https://www.demokratische-konfliktbearbeitung.de/>



spezifisches Fach- und Praxiswissen maßgeblich zum kollegialen Austausch, dem gemeinsamen Lernen und der Lebendigkeit der Tagung beigetragen.

Auch beim „bUm – Berlin“, das uns während der zwei Tage bestens beherbergt und versorgt hat, möchten wir uns bedanken.

Last but not least bedanken wir uns bei Marie Konrad, die die Interkommunale Fachtagung in Fotos festgehalten hat. Die hier verwendeten Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Kontakt

Pro Peace | Forum Ziviler Friedensdienst e. V.

Pro Peace stärkt Menschen weltweit in ihrem Einsatz für Frieden. Als internationale gemeinnützige Organisation fördern wir den gewaltfreien Umgang mit Konflikten und öffnen Wege, um eine gerechtere und friedlichere Zukunft aktiv zu gestalten.

Seit der Gründung 1996 leistet Pro Peace Friedensarbeit – aktuell in 13 Ländern. Im Mittelpunkt unseres Wirkens stehen Akteur*innen der Zivilgesellschaft, die sich in Konflikten für Frieden und Gewaltfreiheit einsetzen. Wir beraten und fördern sie in ihrem Engagement, setzen gemeinsame Projekte um und machen uns zusammen stark für eine nachhaltige Friedenspolitik. Mit der Kommunalen Konfliktberatung kommt die internationale Erfahrung seit 2009 auch in deutschen Städten und Gemeinden zum Einsatz. Der regionale Schwerpunkt des Beratungsangebot liegt bei Pro Peace in NRW, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Pro Peace bietet darüber hinaus Fortbildungen für Verantwortliche in Kommunen an und fördert deren Austausch in verschiedenen regelmäßigen Netzwerkveranstaltungen.

Das Team Kommune & Konflikt

Julia Burmann

Programmleitung Kommune & Konflikt

Julia.burmann@propeace.de

Inga Nehlsen

Projektleitung Demokratie Leben! und AMIF

Inga.nehlsen@propeace.de

Pauline Stein

Koordination Verwaltung & Veranstaltungen
Demokratie Leben!

Pauline.stein@propeace.de

Stefanie Brandherm

Koordination Verwaltung & Veranstaltungen
AMIF

Stefanie.brandherm@propeace.de



ProPeace

Imke Kerber

Referentin Kommunale Konfliktberatung

Imke.kerber@propeace.de

Hauke Steg

Referent Kommunale Konfliktberatung

Hauke.steg@propeace.de

Sylvia Lustig

Referentin Wirkung & Standardisierung

Sylvia.lustig@propeace.de

Piet van Riesenbeck

Koordination Öffentlichkeitsarbeit

Piet.vanriesenbeck@propeace.de

Dominik Hofzumahaus

Referent Kommunale Konfliktberatung

Dominik.hofzumahaus@propeace.de

Wolfgang Dörner

Referent Kommunale Konfliktberatung

Wolfgang.doerner@propeace.de

Robert Reick

Referent Politische Kommunikation

Robert.reick@propeace.de